

# Niederschrift über die 43. Sitzung des Stadtrates

---

<b>Sitzungsdatum:</b>	Montag, 19.06.2023
<b>Beginn der Sitzung:</b>	17:31 Uhr
<b>Ende der Sitzung:</b>	18:56 Uhr
<b>Sitzungsort:</b>	großer Rathaussaal

---

Anwesend:

## **OBERBÜRGERMEISTERIN**

Döhla, Eva

## **BÜRGERMEISTERIN**

Bier, Angela

## **BÜRGERMEISTER**

Auer, Sebastian

## **STADTRÄTE**

Adelt, Jürgen, Dr.

Akbulut, Salih

Böhm, Karola

Bruns, Gudrun

Damasceno da Costa e Silva, Janson

Fleischer, Wolfgang

Franke, Michaela

Friedrich, Jan

Fuchs, Renate

Gollwitzer, Kai

Heimerl, David

Hering, Andrea

Herpich, Christian

Infante, Claudia

Kaiser, Alexander

Kampschulte, Peter

Kiehne, Gudrun

Kilincsoy, Aytunc

Kunzelmann, Max

Lentzen, Matthias

Meringer, Reinhard

Popp, Pia

Rädlein-Raithel, Christina

Rambacher, Albert

Schmalfuß, Stefan

Schrader, Ingrid

Senf, Peter

Strößner, Florian

Ulshöfer, Jochen

Zeh, Dominik

Zeitler, Klaus

## **UNTERNEHMENSBEREICHSLEITER**

Baumann, Klaus  
Gleim, Stephan, Dr.

Abwesende und entschuldigte Personen:

## **STADTRÄTE**

Bogler, Hilmar  
Böhm, Michael  
Dietrich, Maximilian, Dr.  
Leitl, Patrick  
Schrader, Klaus, Dr.  
Singer, Matthias  
Wunderlich, Hülya

## **UNTERNEHMENSBEREICHSLEITER**

Fischer, Peter  
Wulf, Klaus

## **Schriftführer/in:**

Diana Stein

## 837 Information

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a teilt den Damen und Herren des Stadtrates und den Zuhörern anlässlich der ersten Stadtratssitzung im neuen großen Rathaussaal einige Informationen über den Saal mit:

„Verändert wurde die Wandfarbe, die vorher gelb war, die roten Vorhänge werden mit etwas Dezentem ersetzt und die LED-Wand ist neu dazugekommen, damit so auch die Stadt Hof auf dem Stand der Technik ist. Hinzu kommen noch Verkabelungen auf dem Boden für die Stromversorgung an den Tischen der Stadtratsmitglieder.

Genau 70 Jahre war der Saal in seinem ursprünglichen Zustand bekannt, ebenso wie der Gobelin, der seit 1953 die Wand des großen Sitzungssaals schmückte und nun im Museum einen neuen Platz finden wird. 1951/1952 waren die ersten Umbauarbeiten im großen Saal, der davor noch gar nicht als solcher genutzt wurde. Vorher tagte der Stadtrat in kleinerer Größe im kleinen Sitzungssaal, dessen Mobiliar heute noch in den Ratsstuben genutzt wird. In einem Auszug aus dem damals den Umbau beschließenden Stadtratsbeschluss steht: *„Heute ist der Vorwurf zu hören, dass Hof den Fremden äußerlich nüchtern gegenüberrete und unter dem Gesichtspunkt äußerster Sparsamkeit immer wieder passende Gelegenheiten versäumte, mit etwas Gefälligerem und Wertvollem aufzuragen (in Bezug auf den Saal). Der andere Sitzungssaal ist in erster Linie Ausdruck der Arbeit und Einstellung einer Stadt. In ihm wird von jedem Vertreter der Gemeinde über das Wohl und Wehe der Stadt entschieden. Aus diesem Gedanken entstanden anderenorts die vielen gediegenen Bürgersäle, die Zeugnis von der Erhaltung vergangener Jahrhunderte ablegen. Und auch ein neues Rathaus sollte ein würdiger Rahmen des demokratischen Geistes und Handelns der Gegenwart sein.“* Ich finde es sehr schön, dass man sich damals schon Gedanken gemacht hat, in welchem Rahmen man arbeitet und was wir hier für eine wichtige Aufgabe in diesem Saal ausführen.

Bedanken für die Umgestaltung möchte ich mich bei einigen Personen und Bereichen: Zum einen beim Campus Münchberg für Textildesign, mit denen ich über den Teppich und seine Zukunft oder auch über andere Textildesignmöglichkeiten gesprochen habe, welche uns auch gute Hinweise gegeben haben wie z. B. mit der Wandfarbe oder weitere Gestaltungsmöglichkeiten im Saal. Dann möchte ich mich noch bedanken bei Fachbereich 41 Kultur, Fachbereich 10 Hauptamt und Fachbereich 12 EDV natürlich auch, weil sie sich daran beteiligt haben, dass wir den Saal auch in dieser Form vorfinden und da sage vielen Dank. Ich wünsche mir und uns allen, dass wir in den nächsten knapp 3 Jahren hier gute Sitzungen abhalten.“

## 838 Eröffnung

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a eröffnet die 43. Sitzung des Stadtrates und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder des Stadtrates unter Zusendung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung rechtzeitig eingeladen wurden.

Die Entschuldigungen von

Frau Stadträtin	W u n d e r l i c h	
Herrn Stadtrat	B o g l e r	
Herrn Stadtrat	B ö h m	
Herrn Stadtrat	D r. D i e t r i c h	
Herrn Stadtrat	L e i t l	
Herrn Stadtrat	D r. S c h r a d e r	und
Herrn Stadtrat	S i n g e r	

werden anerkannt.

Das Haus ist beschlussfähig.

Einwände gegen die Tagesordnung bestehen nicht.

Das Protokoll über die 42. Sitzung des Stadtrates vom 15. Mai.2023 liegt zur Einsichtnahme auf. Sofern bis zum Ende der Sitzung keine Einwendungen vorgetragen werden, gilt dieses nach der Geschäftsordnung als genehmigt.

## Öffentliche Sitzung

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

### **839 Antrag Nr. 155 der SPD-Stadtratsfraktion: Prüfung einer möglichen Enteignung für die noch benötigten Grundstücksflächen für den Bau der Ortsumgehung Haidt-Leimitz**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wurde im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme für alle Stadtratsmitglieder bereitgestellt. Daher ist eine Verlesung in der Stadtratssitzung nur erforderlich, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird (vgl. Stadtratsbeschluss vom 13.05.1977, Nr. 2650).

Nachdem der Antrag in der Stadtratssitzung am 19.06.2023 nicht sofort erledigt werden kann, ist er binnen zwei Monaten (18.08.2023) in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln bzw. Bericht zu erstatten (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Unternehmensbereich Finanzen, Beteiligungen, Stiftungen zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

\* \* \*

**bekannt gegeben**

<b>Anwesend:</b>	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

**840 Antrag Nr. 156 der SPD-Stadtratsfraktion:  
Östlicher Lückenschluss des (Saale-) Rad- und Fußwegs zwischen Mittlerer Anger  
und dem Textilsteg**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag wurde im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme für alle Stadtratsmitglieder bereitgestellt. Daher ist eine Verlesung in der Stadtratssitzung nur erforderlich, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird (vgl. Stadtratsbeschluss vom 13.05.1977, Nr. 2650).

Nachdem der Antrag in der Stadtratssitzung am 19.06.2023 nicht sofort erledigt werden kann, ist er binnen zwei Monaten (18.08.2023) in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln bzw. Bericht zu erstatten (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Tiefbau, Grünanlagen zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

**bekannt gegeben**

<b>Anwesend:</b>	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

**841 Antrag Nr. 157 der SPD-Stadtratsfraktion:  
Optimierung der Radinfrastruktur**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag wurde im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme für alle Stadtratsmitglieder bereitgestellt. Daher ist eine Verlesung in der Stadtratssitzung nur erforderlich, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird (vgl. Stadtratsbeschluss vom 13.05.1977, Nr. 2650).

Nachdem der Antrag in der Stadtratssitzung am 19.06.2023 nicht sofort erledigt werden kann, ist er binnen zwei Monaten (18.08.2023) in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln bzw. Bericht zu erstatten (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Tiefbau, Grünanlagen zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

**bekannt gegeben**

<b>Anwesend:</b>	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

**842 Antrag Nr. 158 der CSU-Stadtratsfraktion:  
Stabsstelle Klimaschutz - Anpassung der Verwaltungsstruktur**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag wurde im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme für alle Stadtratsmitglieder bereitgestellt. Daher ist eine Verlesung in der Stadtratssitzung nur erforderlich, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird (vgl. Stadtratsbeschluss vom 13.05.1977, Nr. 2650).

Nachdem der Antrag in der Stadtratssitzung am 19.06.2023 nicht sofort erledigt werden kann, ist er binnen zwei Monaten (18.08.2023) in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln bzw. Bericht zu erstatten (§ 26 Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich Zentrale Steuerung und Personal zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

**bekannt gegeben**

<b>Anwesend:</b>	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

### **843 Veröffentlichung von Sitzungsvorlagen für beschließende Ausschüsse im Stadtratsinfoportal der Stadt Hof**

#### Vortrag:

Mit der Einführung des digitalen Stadtratsinformationsportals „Session“ besteht die Möglichkeit, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie die Medien über die öffentlichen Sitzungsvorlagen zu informieren.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 25.04.2016 (Ifd. Nr. 365) beschlossen, dieses Informationssystem zunächst für die Sitzungen des Stadtrates der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Am Tag der Stadtratssitzung werden die öffentlichen Sitzungsvorlagen im Lauf des Vormittags für das Stadtratsinfoportal zur Einsichtnahme freigeschaltet. Somit kann jeder Interessierte die Vorlagen entweder online lesen oder sich bei Bedarf die Vorlagen auch ausdrucken. Diese Verfahrensweise hat sich seit dieser Zeit etabliert und soll nun in gleicher Weise ab 01.07.2023 auch bei den Sitzungen der beschließenden Ausschüsse (Haupt- und Finanzausschuss, Bauausschuss sowie Umwelt- und Planungsausschuss) Anwendung finden.

Die Freischaltung der Vorlagen wird im Lauf des Vormittags erfolgen und spätestens um 12:30 Uhr (letzte Aktualisierung des Systems am Vormittag beginnt um 12:00 Uhr) im Stadtratsinfoportal für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

#### Beschlussvorschlag:

Alle öffentlichen Sitzungsvorlagen der beschließenden Ausschüsse werden ab 01.07.2023 am Tag der Sitzung des jeweiligen Ausschusses bis 12:30 Uhr im Stadtratsinfoportal zur Einsichtnahme für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für die Medien freigeschaltet.

Die Protokolle der öffentlichen Sitzung der beschließenden Ausschüsse werden nach ihrer Genehmigung ebenfalls im Stadtratsinfoportal zur Einsichtnahme eingestellt.

#### Beschluss:

Die Mitglieder des Stadtrates schließen sich der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses an stimmen dem vorstehenden Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig zu.

\* \* \*

**einstimmig beschlossen**  
**Ja 34 Nein 0**

<b>Anwesend:</b>	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

#### **844 Bestellung in den Jugendhilfeausschuss**

##### Vortrag:

Nach Art. 19 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze i.V.m. § 3 Abs. 3 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Hof gehören dem Jugendhilfeausschuss neben stimmberechtigten Mitgliedern auch beratende Mitglieder an.

Folgende Mitglieder sind neu zu bestellen:

Der bzw. die Vorsitzende des Stadtjugendrings oder eine beauftragte Person

Frau Sarah Schiller

als stellvertretendes, beratendes Mitglied für den bisherigen Stellvertreter des Stadtjugendringes Hof Robin Edelmann.

##### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beruft Frau Sara Schiller als beratendes stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

##### Beschluss:

Die Mitglieder des Stadtrates schließen sich der Empfehlung des Umwelt- und Planungsausschusses an und stimmen dem vorstehenden Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

\* \* \*

**einstimmig beschlossen**

**Ja 34 Nein 0**

<b>Anwesend:</b>	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

## **845 Antrag Nr. 145 von Herrn Stadtrat Damasceno da Costa e Silva (Die Linke): Erfassung von Bestand und Bedarf an Sozialwohnungen in Hof**

### Vortrag:

Mit Schreiben vom 21.02.2023 beantragte Herr Stadtrat Damasceno da Costa e Silva Folgendes:

Die Stadtverwaltung möge prüfen:

- Wie viele Sozialwohnungen im Stadtgebiet vorhanden sind, wie groß die Wohnflächen sind und wann die Sozialbindungen auslaufen.
- Wie viele Bürgerinnen und Bürger Anspruch auf sozial geförderten Wohnraum hätten.

Der Fachbereich Jugend und Soziales nimmt zum Antrag wie folgt Stellung:

Aktuell gibt es in der Stadt Hof 1.666 geförderte Mietwohnungen. Die Bindungen laufen zu unterschiedlichen Zeitpunkten aus. Aufgrund der Vielzahl geförderter Wohnungen können die Angaben zur Größe der Wohnung nur allgemein angegeben werden. Die Wohnungsgrößen liegen zwischen ca. 40 bis 100 m<sup>2</sup>.

Wie viele Bürgerinnen und Bürger Anspruch auf sozial geförderten Wohnraum hätten, kann seitens der Stadt Hof nicht beurteilt werden, da die Einkommensverhältnisse nicht bekannt sind. Ein Anspruch auf eine sozial geförderte Wohnung kann nur im Einzelfall geprüft werden, da unterschiedliche Einkommensgrenzen zu berücksichtigen sind. Die aktuelle Zahl der Wohngeldempfänger beträgt 598 Personen. Zudem liegen aufgrund der Wohngeldreform noch zahlreiche nicht abschließend bearbeitete Anträge vor. Unabhängig vom geförderten oder frei finanzierten Wohnraum hängt ein Anspruch auf Wohngeld von den jeweiligen Einkommensverhältnissen, der Mietbelastung sowie der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen ab.

Weder Wohngeldempfänger noch Empfänger von Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt zählen automatisch zur Nachfragegruppe und zu den Anspruchsberechtigten für Sozialwohnungen, da die Mieten im sozialen Wohnungsbau häufig die Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft im SGB II und SGB XII überschreiten. Hauptsächlich nachgefragt werden barrierefreie Wohnungen für Rentner und 2-Personen-Haushalte.

### Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Antrag Nr. 145 des Herrn Stadtrat Damasceno da Costa e Silva ist nach der Geschäftsordnung erledigt.

### Aussprache:

Herr Stadtrat D a m a s c e n o d a C o s t a e S i l v a bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage, hätte aber gerne eine genauere Einschätzung des Wohnungsbedarfs gehabt und unter anderem sich eine Zukunftsprognose für die nächsten 5 bis 10 Jahren gewünscht. Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a weist darauf hin, dass die zusätzlichen Fragen als Anfrage aufgenommen werden müssen.

Beschluss:

Der Stadtrat schließt sich einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an und sieht den Antrag hiermit als erledigt.

\* \* \*

**bekannt gegeben**

<b>Anwesend:</b>	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

## **846 Außerplanmäßige Ausgaben für die Installation der Weihnachtsbeleuchtung in der Marienstraße**

### Vortrag:

Nachdem in der Marienstraße eine neue Straßenbeleuchtung installiert wurde, müssen die Lichterketten der Weihnachtsbeleuchtung künftig an neuen Fassaden-Befestigungspunkten angebracht werden.

Da im Haushaltsplan 2023 hierzu keine Mittel veranschlagt sind, stellt die Befestigung der Weihnachtsbeleuchtung eine außerplanmäßige Ausgabe dar. Schätzungen der Verwaltung ergaben hierfür Ausgaben von ca. 160.000 €. Nach § 2 Nr. 13 der Geschäftsordnung ist für die Bewilligung außerplanmäßiger Ausgaben bis zu 250.000 € der Haupt- und Finanzausschuss an sich zuständig, der Stadtrat kann diese Entscheidung aber auch selbst treffen.

Es wird vorgeschlagen, die außerplanmäßige Ausgabe im Rahmen des Art. 66 Abs. 2 Gemeindeordnung durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage zu finanzieren.

### Beschlussvorschlag:

Der Bereitstellung von 160.000,00 € bei einer noch zu bildenden Haushaltsstelle im Vermögenshaushalt für die Neuerrichtung der Weihnachtsbeleuchtung in der Marienstraße als außerplanmäßige Ausgabe des Jahres 2023 durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage wird zugestimmt.

### Aussprache:

Frau Stadträtin **Fuchs** merkt an, dass sich innerhalb der Fraktion die Frage gestellt wurde, ob die Ausgaben in der Höhe allein für die Marienstraße wirklich notwendig sind, was für sie im Konflikt mit dem sparsamen Umgang der Finanzen steht. Auch eine Einigung mit den Hauseigentümern wird als problematisch gesehen. Sie bemängelt, dass keine günstigere Alternative in Erwägung gezogen wurde.

Herr Stadtrat **Rambacher** erinnert, dass die Stadt Hof die Stabilisierungshilfen, die von Herrn Staatsminister **Füracker** zugesichert wurden, immer noch nicht erhalten hat. Dementsprechend hat die Fraktion aufgrund der hohen freiwilligen Ausgaben Bedenken bezüglich der Kostenhöhe. Dies kann jedoch als Möglichkeit gesehen werden, durch eine alternative Beleuchtung sparsam und ökologisch zu handeln.

Herr Stadtrat **Damasceno da Costa e Silva** bezweifelt, dass der Kostenrahmen für eine saisonale Nutzung gerechtfertigt ist.

An der weiteren Aussprache beteiligt sich auch Stadtratsmitglied **Meringer** und Stadtratsmitglied **Stroßner**, dieser erklärt die Zustimmung der SPD-Fraktion des Beschlussvorschlags.

Herr Stadtrat **Fleischer** erklärt ebenfalls die Zustimmung der CS'U-Fraktion und führt auf, dass es bereits einen Beschluss über den Wunsch der traditionellen Weihnachtsbeleuchtung in der Marienstraße gibt und in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im nichtöffentlichen Teil darüber ausführlich diskutiert wurde. Des Weiteren möchte er wissen, ob die statischen Prüfungen tatsächlich nötig sind.

Frau Stadträtin **B r u n s** möchte wissen, ob mit den Hauseigentümern der Marienstraße bereits ein Vertrag geschlossen wurde oder ob es zumindest Verhandlungen geben würde bezüglich der Anbringung der Weihnachtsbeleuchtung. Denn damit steht und fällt für sie grundsätzlich die Entscheidung über den Beschlussvorschlag. Auch die Lösung einer unregelmäßigen Anbringung der Beleuchtung im Fall von Verweigerungen einzelner Eigentümer sieht sie kritisch.

Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** antwortet, dass eine unregelmäßige Anbringung eben nicht gewollt ist, deswegen ist man auf der Suche nach neuen Verbindungspunkten. Die Hauseigentümer wurde schon vor längerer Zeit angeschrieben und informiert und werden jetzt nochmals im Einzelnen um Einwilligung gebeten. Vertragsabschlüsse sind nicht geplant, sondern eher Einwilligungserklärungen. Als Restrisiko würde bleiben, dass die Stromversorgung an wenigen Stellen nicht klappt oder die Einwilligung nicht erteilt wird. Es wurde auch mehrmals in den Sitzungen als Alternative Aufsteckschmuck für die Laternen angeboten, was immer von der Mehrheit des Gremiums abgelehnt wurde. Bezüglich der Finanzierung merkte Frau **D ö h l a** nochmals an, dass die Finanzhoheit bei der Stadt Hof liegt und es sich nicht um die Neuanschaffung sondern um den Erhalt einer Maßnahme handeln würde.

Herr Stadtrat **Z e i t l e r** möchte wissen, ob der Beschluss auch bei Gesamtkosten von z. B. 220.000,- € wirksam ist, was Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** verneint und darauf hinweist, dass dieser Beschluss die Bereitstellung von 160.000,- € umfasst. Bei Mehrkosten würde der Stadtrat informiert werden.

Herr Stadtrat **K u n z e l m a n n** appelliert den Grundsatz der Sparsamkeit zu achten und vernünftig zu handeln und erklärt, dass er und Herr Stadtrat **H e i m e r l** gegen den Beschlussvorschlag stimmen werden.

Frau Stadträtin **K i e h n e** erklärt, dass sie trotz gefassten Beschluss über die Weihnachtsbeleuchtung bei geänderten Gegebenheiten ein neuer Beschluss gefasst werden müsse, zudem nicht sicher ist, ob alle Eigentümer der Marienstraße einwilligen werden.

Herr Dr. **G l e i m** antwortet darauf, dass im Bauausschuss Sitzungsvorlagen ausgegeben wurden, die die Überspannungsvarianten für die Lichterketten aufzeigen würden. Er erklärt, dass sowohl aufgrund der Haken als auch der maroden Elektroinstallation diese Variante nicht möglich war. Das konnte man dadurch umgehen, indem man die Optionen Masten und Straßenbeleuchtung in Betracht gezogen hat. Die Herstellung der neuen Masten hätten den finanziellen Rahmen um ein Weites gesprengt, dass diese Variante verworfen wurde und man auf Steckdosen in der Wand zurückgreifen möchte. Nun ist die Überspannung versetzt geplant, was heißt, dass an jeder Stelle an der eine Laterne steht, ob links oder rechts, besteht die Möglichkeit für die Überspannung einen Haken anzubringen. Bei den Kosten handelt es sich um eine Abschätzung, da die genauen jetzt noch gar nicht schätzbar sind. Und wenn man sich auf das Kostenrisiko beruft, kann man entweder das Vorhaben trotzdem voranbringen oder es gleich sein lassen.

Frau Stadträtin **F u c h s** möchte wissen, ob man mit einer finanziell wesentlich geringeren Belastung rechnen kann, als angesetzt wurde, worauf Herr Dr. **G l e i m** antwortet, dass es sich um eine Schätzung basierend auf Untersuchungen, Gutachten und Stellungnahmen handelt.

Herr Stadtrat **F r i e d r i c h** schließt sich der Wortmeldung von Frau Stadträtin **K i e h n e** an und möchte wissen, ob auf die Zustimmung aller Eigentümer gewartet wird, worauf Frau Oberbürgermeisterin **D ö h l a** antwortet, dass sie das im Voraus noch nicht beantworten kann, da immer ein Risiko bestehen würde, dass ein Eigentümer seinen Einwilligung nicht abgibt.

Herr Stadtrat **F l e i s c h e r** stellt die Fragen, ob es zum einen eine Richtlinie gibt, mit welchen statischen Belastungen bei einer Weihnachtsbeleuchtung zu rechnen ist und ob diese jährliche oder auch zweijährliche Prüfung stattfinden muss.

Herr Dr. **G l e i m** führt aus, dass ihm eine Norm oder Richtlinie dazu nicht bekannt wäre. Letztendlich hätte jeder Eigentümer eines Bauwerks eine Nachbesserungspflicht, der er nachkommen muss, allein schon aus der sich daraus ergebenden Haftungspflicht. Die Empfehlung einer Prüfung in einem regelmäßigen Tonus geht aus einer gutachterlichen Stellungnahme eines Hofer Ingenieurbüros und basiert auf der Einschätzung der Statiker, nach dem eine jährliche Prüfung notwendig ist. Die Begründung liegt hierfür unter anderem am alten Mauerwerk.

Beschluss:

Die Mitglieder des Stadtrates stimmen mehrstimmig dem Beschlussvorschlag zu.

\* \* \*

**mehrheitlich beschlossen**  
**Ja 22 Nein 12**

<b>Anwesend:</b>	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Baudirektor Dr. Gleim
31 Stadtratsmitglieder	

## **847 Asphaltierungsmaßnahmen 2023 im Stadtgebiet Hof; Auftragsvergabe**

### Vortrag:

Der Bauausschuss hat in seiner Sitzung vom 21.03.2023 dem Vorschlag der Verwaltung für die im Jahr 2023 vorgesehenen Maßnahmen zur Instandsetzung von Straßen, Geh- und Radwegen im Stadtgebiet in unveränderter Form zugestimmt.

Die Sanierung der festgesetzten Straßenabschnitte wurde hierbei in einer gesonderten Ausschreibung „Asphaltierungsmaßnahmen 2023 im Stadtgebiet Hof“ zusammengefasst und ist Gegenstand dieser Beschlussvorlage.

Die Maßnahmen wurden gemäß § 3 Nr. 2 VOB/A in Verbindung mit § 3a Abs. 2 VOB/A, beschränkt ausgeschrieben.

Für 8 Firmen, die die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit besitzen und über ausreichende technische und wirtschaftliche Mittel verfügen, wurden die Vergabeunterlagen auf der Vergabeplattform Staatsanzeiger eServices bereitgestellt.

Zum Ablauf der Angebotsfrist lagen 4 Angebote vor. Nebenangebote wurden nicht abgegeben.

Die Angebote wurden auf formelle Ausschlussgründe und rechnerisch von FB 30 - ZAV sowie fachtechnisch und wirtschaftlich von FB 66 geprüft.

Danach ergibt sich für das wirtschaftlichste Angebot folgende Angebotssumme:

**Fa. SBG Tiefbau GmbH, 95032 Hof**

**593.610,23 €**

Die Angebotssumme liegt unterhalb der Kostenschätzung. Es wurde eine vertiefte Prüfung der Einheitspreise vorgenommen. Diese sind insgesamt als auskömmlich zu beurteilen.

Die erforderlichen Mittel für die Beauftragung der Maßnahmen stehen auf der Haushaltsstelle 63000.51010 „Unterhaltung der Straßen, Gehwege, Radwege“ zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, den Auftrag „Asphaltierungsmaßnahmen 2023 im Stadtgebiet Hof“ an die Firma SBG Tiefbau GmbH, Schaumbergstraße 1, 95032 Hof, die das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat, in Höhe der Angebotssumme von

**593.610,23 € (brutto)**

zu vergeben.

Der Vergabevorschlag ist VOB-konform.

Beschluss:

Die Mitglieder des Stadtrates stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

\* \* \*

**einstimmig beschlossen**  
**Ja 34 Nein 0**

<b>Anwesend:</b>	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
Vortragender:	Baudirektor Dr. Gleim
31 Stadtratsmitglieder	

## **848 Erneuerung der Straßenbeleuchtung “Überspannungsanlagen“; Auftragsvergabe**

### Vortrag:

Im Rahmen von Überprüfungen der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet Hof wurden in mehreren Straßenzügen zum Teil erhebliche Mängel an den dort vorhandenen „Überspannungsanlagen“ festgestellt. Die Anlagen über dem Straßenraum weisen an mehreren Stellen verschlissene Befestigungspunkte an den Fassaden, Seile und Leitungsanlagen auf und entsprechen sowohl hinsichtlich der Standsicherheit wie auch der elektrischen Versorgung nicht mehr den derzeit geltenden Normen.

Bei Einsätzen der Feuerwehr mit der Drehleiter kommt es regelmäßig zu Bewegungseinschränkungen durch die den Straßenraum überspannenden Beleuchtungsanlagen.

Es ist vorgesehen, zunächst in insgesamt fünf Straßenzügen die Überspannungsanlagen durch Straßenbeleuchtungsmaste zu erneuern. In der Luitpoldstraße werden zudem die technischen Voraussetzungen zur Installation einer Weihnachtsbeleuchtung, analog zur Straßenbeleuchtung in der Marienstraße, geschaffen.

Die erforderlichen Bauleistungen sollen im Rahmen einer sogenannten „Inhouse-Vergabe“ ohne öffentliche Ausschreibung an die Hofer Energiedienstleistungen GmbH (HED) vergeben werden.

Die Gesamtkosten der geplanten Maßnahmen betragen gemäß Angebote der HED insgesamt 526.348,51 €.

Erneuerung Straßenbeleuchtung Ottostraße	150.271,24 €
Erneuerung Straßenbeleuchtung Jaspisstein	144.257,17 €
Erneuerung Straßenbeleuchtung Luitpoldstraße	55.950,98 €
Erneuerung Straßenbeleuchtung Weberstraße und Luisengasse	175.869,12 €
<b>Gesamtkosten</b>	<b>526.348,51 €</b>

Im Rahmen von Förderprogrammen der Kommunalrichtlinie werden ab 2022 investive Maßnahmen des Klimaschutzes, u. a. die Sanierung von Straßenbeleuchtungseinrichtungen gefördert, wenn nachweislich eine dauerhafte effiziente Treibhausgaseinsparung von mindestens 50 % nachgewiesen werden kann. Nach Prüfung teilte die HED mit, dass diese Zuwendungsvoraussetzung bei keiner der o. g. Maßnahmen erfüllt ist.

In diesem Zusammenhang wird auf Folgendes hingewiesen:

Selbst bei einer Erfüllung der genannten Voraussetzung wäre frühestens Anfang 2024 mit einer Bewilligung zu rechnen, was innerhalb dieses Zeitraumes wiederum mit einer Teuerungsrate der Leistungen von ca. 5 – 10 % verbunden wäre. Zudem hielten sich die zuwendungsfähigen Kosten in einem äußerst geringen Rahmen, da die überwiegenden Kosten die (nicht förderfähigen) Tiefbauarbeiten betreffen.

Bei weiteren im Stadtgebiet geplanten Erneuerungsmaßnahmen zur Straßenbeleuchtung, bei denen eine Förderung zu erwarten ist, werden die zu erfüllenden Effizienzanforderungen fortlaufend geprüft und entsprechende Zuwendungsanträge gestellt.

Die erforderlichen Mittel zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung in den fünf genannten Straßenzügen stehen auf der Haushaltsstelle 67010.96000 " Verbesserung/Erneuerung der Straßenbeleuchtung" zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, die Aufträge zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Ottostraße, Jaspisstein, Luitpoldstraße, Weberstraße und Luisengasse an die Hofer Energiedienstleistungen GmbH (HED) in Höhe der Gesamtangebotssumme von

**526.348,51 € brutto**

zu vergeben.

Beschluss:

Die Mitglieder des Stadtrates stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

\* \* \*

**einstimmig beschlossen**

**Ja 34 Nein 0**

<b>Anwesend:</b>	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

## **849 Umfang Entscheidungen nach Art 37 Abs. 3 BayGO**

### Anfrage:

Herr Stadtrat S e n f stellt namens der Fraktion FAB und Freie die Anfrage, in welchem Umfang Entscheidungen nach Art. 37 Abs. 3 BayGO durch die Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a getroffen wurde. Wie viele Entscheidungen anstelle des regulär zuständigen Stadtrats oder seiner beschließenden Ausschüsse hat die Frau Oberbürgermeisterin in Ihrer (laufenden ersten) Amtszeit auf die Regelung des Art 37 Abs. 3 BayGO („unaufschiebbare Geschäfte“) gestützt und welchen finanziellen Umfang haben die hierdurch ausgelösten Geschäfte (insbesondere Aufträge und freigegebene Zahlungen)?

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a antwortet, dass in den letzten drei Jahren seit Amtseintritt 40 Entscheidungen nach Art 37 Abs 3 BayGO getroffen wurden, was vom Amtsvorgänger während der letzten Amtsperiode 80 mal getroffen wurde. In Relation dazu hat die Oberbürgermeisterin diese Entscheidungen in einem vergleichbaren Umfang getroffen. Was jedoch nicht auf die schnelle zusammenstellbar war, ist die finanzielle Summe der Entscheidungen. Es würde mindestens einen Tag Arbeitszeit beanspruchen, weil in diesen 40 Vorgängen aus sämtlichen Sitzungen die einzelnen Daten rausgesucht werden müssen, was sehr zeitaufwendig ist. Es wäre für die Verwaltung auch interessant zu wissen, für welche Erkenntnis diese stundenlange Arbeit sorgen würde oder ob jetzt diese verfügbaren Angaben auch ausreichen würden, da die Stadtverwaltung auch mit ihren regulären Aufgaben sehr gut ausgelastet sind.

Herr Stadtrat S e n f entgegnet, dass dies nicht die Absicht ist, der Stadtverwaltung mehr Arbeit aufzudrücken aber das dies zu den normalen Anfragen gehört, die man als Stadtrat stellen dürfe, woraufhin die Oberbürgermeisterin entgegnet, dass diese Anfrage die normale Auskunft und Info im Sitzungsgeschehen überschreiten und sie deswegen darum bittet einen Antrag darauf zu formulieren. Dann würde man den Stadtrat über die Stattgabe des Antrags entscheiden lassen.

Herr Stadtrat S e n f begründet, dass der Sachverhalt als Anfrage gestellt wurde, weil man die Begründung dazu nicht abgeben wollte, dazu haben sie das Recht und das wollen sie wahren.

Abschließend sagt Frau Stadträtin B ö h m, dass jeder Antrag dem Stadtrat bekanntgegeben wird und dadurch gäbe es die Möglichkeit, alle benötigten Daten aus den einzelnen Sitzungen selbstständig rauszusuchen und aufzustellen.

\* \* \*

**Anfrage gestellt**

<b>Anwesend:</b>	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

## **850 Reinigungsarbeiten Verdistrasse**

### Anfrage:

Herr Stadtrat R a m b a c h e r stellt die Anfrage, wieso es am Morgen des 17.06.2023 zu Straßenreinigungen in der Verdistrasse kam. Zuerst wurde die Straße mit Wasser gereinigt und zwei Stunden später nochmals mit der Kehrmaschine. Anwohner der Straße haben ihm gegenüber Beschwerden geäußert und sich gefragt, ob diese Reinigungsarbeiten überhaupt notwendig gewesen wären, vor allem im Hinblick auf den Klimaschutz, da die meisten Reinigungen durch den Regen passieren würden.

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a antwortet, dass dies ein schwieriges Thema sei, da die Wünsche und Vorstellungen der einzelnen Stadtteile in Hof sehr unterschiedlich sind. Genauso gäbe es Beschwerden, dass die Stadt nicht oft genug gereinigt werde oder nicht intensiv genug, anderenorts ist es dann wieder zu viel. Man sei bemüht ein Mittelmaß zu treffen, allerdings kann man es nicht recht machen. Auch mit den Bemühungen von Strom- und Wassereinsparungen möchte man natürlich trotzdem die Straßen sauber halten. Sie ist überzeugt, dass es sich nicht um einen unnötigen Einsatz gehandelt hat, sondern dieser auch begründet war. Vergleich sei dieses Thema mit der Straßenbeleuchtung. Manchen Bürgern ist die Straßenbeleuchtung zu hell und man soll dies mit dem Hintergrund des Einsparpotenzials reduzieren während es anderen Bürgern zu dunkel ist und diese sich abends auf dem Fußweg unsicher fühlen.

\* \* \*

**Anfrage gestellt**

<b>Anwesend:</b>	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

## **851 Verkaufsoffene Sonntage 2024**

### Anfrage:

Herr Stadtrat M e r i n g e r äußert neben weiteren Ausführungen die Kritik, dass die Einzelhändler sehr enttäuscht von der Protokollierung der verschiedenen Interessensvertretungen mit dem Stadtmarketing sind . Er möchte wissen, ob die Oberbürgermeisterin davon Kenntnis hat und bittet sie gleichzeitig dagegen einzugreifen.

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a antwortet, dass sie im regelmäßigem Austausch sowohl mit dem Stadtmarketing als auch mit den Einzelhändlern ist und der Sache nachgeht.

\* \* \*

**Anfrage gestellt**

<b>Anwesend:</b>	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Bürgermeister:	Auer
31 Stadtratsmitglieder	

## **852 Ortsumgehung Leimitz**

### Anfrage:

Herr Stadtrat M e r i n g e r stellt eine Anfrage zur Ortsumgehung Leimitz, woraufhin die Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a antwortet, dass es zur Ortsumgehung einen Beschluss gibt, die Sache bei der Stadt auch weiterverfolgt wird, nur dass man den betroffenen Anwohnern noch keinen Termin nennen kann.

\* \* \*

### **Anfrage gestellt**

g.w.v.

Eva Döhla  
Oberbürgermeisterin

Diana Stein  
Schriftführer/in